

Dezember 2019

Bildung im Blick» Nr. 27



Liebe Leserinnen und Leser,

„Bildung für Demokratie“ lautete der Titel der 11. Nürnberger Bildungskonferenz, die am 18. Oktober 2019 als Kooperationsveranstaltung mit der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus (CPH) durchgeführt wurde. Nach der Plenumsveranstaltung am Vormittag in den Räumen des CPH in der Königsstraße machten sich am Nachmittag auch zwei Gruppen zu parallelen Exkursionen auf das ehemalige Reichsparteitagsgelände und in den Stadtteil Gleißhammer auf den Weg. Dort konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz einen Eindruck gewinnen von praktischen Ansätzen der Menschenrechtsbildung im Quartier und lernten die pädagogische Arbeit auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände und im Dokuzentrum kennen. Auch die aktuellen Planungen zum Erhalt von Zeppelintribüne und Zeppelfeld kamen bei diesem Rundgang zur Sprache.

Am Vormittag hatte die Leiterin des Münchner NS-Dokumentationszentrums, Mirjam Zadoff, im Konferenzplenum unter dem Titel „Mobilizing Memory“ ihre Perspektiven auf eine zeitgemäße Erinnerungsarbeit formuliert. Im Anschluss an den Vortrag stellte die Professorin für Geschichte und jüdische Studien im Gespräch mit Oberbürgermeister Ulrich Maly in einem von der Journalistin Daniela Schadt moderierten Gespräch weitere Überlegungen zu Fragen des Erinnerens und der politischen Bildung an. Nach den im CPH und im Stadtteil parallel angebotenen Fachforen am Nachmittag zeigte das Filmhauskino, zum Abschluss des Tages den unlängst beim Nürnberger Menschenrechtsfilm-festival ausgezeichneten Film „Push – Für das Grundrecht auf Wohnen“, ein Novum bei der Bildungskonferenz.

Die vorliegende Ausgabe des Newsletters dokumentiert die 11. Nürnberger Bildungskonferenz.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen das Bildungsbüro der Stadt Nürnberg!

Dokumentation der 11. Nürnberger Bildungskonferenz

Einstieg in die Konferenz
Nektarios Vlachopoulos S. 2

Mobilizing Memory. Neue Perspektiven in der Vermittlung von Geschichte
Prof. Dr. Mirjam Zadoff S. 2

Podiumsgespräch
Daniela Schadt,
Prof. Dr. Mirjam Zadoff,
Dr. Ulrich Maly S. 4

Forum 1
Das Politische ist religiös – das Religiöse ist politisch
Claudio Ettl, Derviş Hızarcı,
Dr. Siegfried Grillmeyer S. 5

Forum 2
Politische Teilhabe im Netz
Schlecky Silberstein, Karolin Schwarz, Klaus Lutz S. 6

Forum 3
Wie Partizipation Engagement fördert und Engagement Partizipation
Dr. Christian Boeser-Schnebel,
Sylvia Kohlbacher, Barbara Menzel, Brigitte Schneider,
Susanne Stadelmann-Behnke,
Georg Fleischmann S. 7

Forum 4
Lernen am authentischen Ort
Julia Oschmann, Dr. Alexander Schmidt, Annetrin Fries,
Dr. Doris Katheder S. 9

Forum 5
Menschenrechts- und Demokratiebildung im Stadtteil
Prof. Dr. Heiner Bielefeldt,
Isolde Ebert, Theresia Aschemann, Josie Marquardt,
Osasenaga Odigie, Arno Lang,
Martina Mittenhuber,
Clara Grell S. 11

Impressum S. 12

Einstieg in die Konferenz



Zum Start am Vormittag gab Nektarios Vlachopoulos, seines Zeichens Kabarettist

und Slam-Poet, einen performativen Einstieg in die 11. Nürnberger Bildungskonferenz und stimmte das Plenum humoristisch auf den Konferenztag ein. Als Leiter der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus (CPH) hieß Siegfried Grillmeyer zunächst die knapp 300 Anwesenden auf der Konferenz willkommen und unterstrich dabei die gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt Nürnberg und der Bildungseinrichtung CPH. Es sei wichtig, dass jede und jeder Einzelne sich in seinem Bereich für Demokratiebildung und ein gelingendes Miteinander einsetze, so Grillmeyer.

Oberbürgermeister Ulrich Maly führte im Anschluss in das Konferenzthema ein, indem er mit Bezug auf aktuelle Geschehnisse die besondere Bedeutung politisch-historischer Bildung darlegte. Er betonte, dass diese ein auf Dauer angelegter Prozess sei. Es müsse fortlaufend weiter an der demokratischen Alphabetisierung einer jeden neuen Generation gearbeitet werden – in schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit. ■

Mobilizing Memory. Neue Perspektiven in der Vermittlung von Geschichte

Hauptvortrag von Prof. Dr. Mirjam Zadoff, Direktorin des NS-Dokumentationszentrums München, Professorin für Geschichte und Jüdische Studien

Zu Beginn ihres Vortrages verdeutlichte die Historikerin Mirjam Zadoff beispielhaft anhand der Gruppe „Women Mobilizing Memories“, wie vielfältige Erinnerungen „mobilisiert“ werden und so einer neuen und breiteren Vermittlung von Geschichte dienen können. „Women Mobilizing Memories“ besteht aus Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen aus den USA, Chile, Argentinien und der Türkei. Die Gruppe widmet sich vornehmlich aus der Perspektive von sozialen und Genderfragen dem Studium der „Politics of Memory“ und den vielfältigen Formen der Erinnerungsarchivierung. Sie verstehen sich als Plattform, die zwischen Institutionen, Gruppen und Individuen vermittelt, um sichere Orte – meist handelt es sich hierbei um virtuelle Räume – für Erinnerungskultur zu schaffen, in denen auch solche Erinnerungen einen Platz finden, die in den häufig zutiefst homogenen nationalen Archiven und Museen nicht aufgenommen werden. „Ungewöhnlich und innovativ an diesem Projekt ist vor allem der Zusammenschluss von Wissenschaft, Kunst und Aktivismus, der einen vielstimmigen und demokratischen Diskurs ermöglichen soll“, so Zadoff.

Könnten ähnliche Fragestellungen und interdisziplinäre Kooperationen auch für die Erinnerung und das Gedenken der im Namen des Nationalsozialismus begangenen Genozide und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Anwendung finden? Könnte so die Zukunft der deutschen

Erinnerungskultur aussehen? Denn, so stellte Zadoff fest, in der sich schnell verändernden politischen Kultur müsse ein Neudenken von Erinnerung stattfinden. Sie verwies darauf, dass der einst sicher geglaubte politische Konsens zum Gedenken und Erinnern nicht mehr gegeben ist. Die EU-Forderung einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur und Wertegemeinschaft sei aus Zadoffs Sicht weitgehend gescheitert: Manche Regierungen in europäischen Nachbarländern setzten auf die Umdeutung und Instrumentalisierung der NS-Zeit zur Legitimierung ihrer nationalistischen Ausgrenzungspolitik.

Museen müssen sich in der zunehmend polarisierten Gesellschaft mit einer gemeinsamen, aber diversen und vielstimmigen Geschichtserzählung positionieren.

Deutschland hingegen werde ein reflektierter Umgang mit der Vergangenheit bescheinigt, aus dem sich auch das deutsche Demokratieverständnis ableite. Allerdings entwickle sich aus der zunehmenden Geschichtsvergessenheit eine wachsende Spaltung der deutschen Gesellschaft. Und so sei auch hierzulande die Unabhängigkeit der Museen gefährdet, wenn museale und wissenschaftliche Inhalte angezweifelt oder sogar abgelehnt würden. Zadoff appellierte daher: „Dazu müssen Museen und Bildungseinrichtungen sich positionieren, besonders solche, deren Fokus es ist, eine objektive

und inklusive Geschichtserzählung und damit verbunden einen reflektierten Umgang mit der Vergangenheit und folglich auch mit der Zukunft zu pflegen und weiterzugeben.“

Auch die „Diversität im Museum“ ist eine wichtige Forderung Zadoffs. Meist würden hier nur „die Besucher/-innen“ in den Blick genommen, noch viel zu selten würde sich unter den Künstler/-innen und Einrichtungsmitarbeiter/-innen aber die Vielfalt der postmigrantischen Gesellschaft abbilden. Die postmigrantische Bevölkerung, die zum Teil keinen persönlichen Bezug zur deutschen Vergangenheit hat, stelle Deutschland wiederum vor besondere Herausforderungen bei der Vermittlungsrelevanz deutscher Historie. Hier brauche es eine „gemeinsame, aber diverse und vielstimmige Geschichtserzählung“.

Die USA stehen bei der Vermittlung der Katastrophen der eigenen Geschichte erst am Anfang.

Heute widmen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den verschiedensten Disziplinen dem Nationalsozialismus. Dennoch, so belegten Studien sowohl für die USA als auch hierzulande, nehme das Wissen hierüber stark ab. Für die meisten US-Bürgerinnen und -Bürger hätte der Holocaust keine Bedeutung mehr, obwohl sie hier im Gegensatz zum deutschen „Tätervolk“ als „Rettervolk“

in Erscheinung treten. Das einstige demokratische Selbstverständnis der USA, das sich in besonderer Weise aus den positiven transatlantischen Beziehungen nach Kriegsende speise, ließe nach. Rassismus und Antisemitismus herrschten weiter vor, resümierte Zadoff, die am Alvin H. Rosenfeld Lehrstuhl für Jüdische Studien und Geschichte an der Indiana University Bloomington eine Professur inne hatte. Hinsichtlich der Katastrophen in der eigenen Geschichte seien die USA aber noch „Entwicklungsland“. Erst im Jahr 2016 wurde das National Museum of African American History and Culture in Washington D.C. eröffnet, das sich mit der afroamerikanischen Geschichte auseinandersetzt. Und obwohl 15 Prozent der US-Bevölkerung afroamerikanisch sind, ist deren Geschichte und nach wie vor anhaltende Stigmatisierung und Kriminalisierung kein zentrales Thema im US-amerikanischen Geschichtsunterricht.

Neue Zugänge der Geschichtsvermittlung im NS-Dokumentationszentrum München

Das NS-Dokumentationszentrum in München, dessen Leitung Zadoff 2018 übernommen hat, geht auf eine Reihe privater Initiativen aus den 1990er Jahren zurück und wurde erst 2015 „als Lern- und Erinnerungsort“ am Standort des ehemaligen „Braunen Hauses“, der ehemaligen NSDAP-Parteizentrale, eröffnet. Die Dauerausstellung zum Thema „München und der Nationalsozialismus“ wurde inhaltlich von deutschen Historikerinnen und Historikern konzipiert und unter der Leitung des Gründungsdirektors Winfried Nerding umgesetzt. Dessen Verständnis der Aufarbeitung der NS-Geschichte Münchens beruhte dabei auf der Maxime „Erinnerung gründet auf Wissen“. In der Tradition der Geschichtserzählung, die bis in die 1990er Jahre in Deutschland vorherrschte, stellte er die objektiv darstellbaren Strukturen, Daten und Fakten des NS-Regimes und seiner Täter in den Vordergrund, während aus „Sorge vor Emotionalisierung und Problematisierung der Opferperspektive“ den Opfern wenig Platz in der Dauerstellung eingeräumt wurde. Diese werden lediglich über „die Quellen der Täter“ sowie „in ihrer Rolle als Opfer, als Reagierende“ dargestellt. „Wir begegnen ihnen nicht als Handelnde oder Entscheider,“ so Zadoff. Auch die Biographien, die Entscheidungen und Handlungsspielräume der Masse der Mit-



Forderte eine inklusive Gedenk- und Erinnerungskultur: Prof. Dr. Mirjam Zadoff

läuferinnen und Mitläufer treten kaum in Erscheinung. Diese seien laut Zadoff aber „zentral, um die Dynamiken von sterbenden Demokratien und Diktaturen 'in the making' zu verstehen“.

Zadoff sieht diese tradierte Vorgehensweise der Geschichtsvermittlung äußerst kritisch, da München schließlich von allen Bevölkerungsgruppen gemeinsam bewohnt wurde und entscheidende Fragen auf diese Weise ungeklärt blieben: „Wie haben sie den Zusammenbruch der ge-



Der Hauptvortrag wurde von der Schriftdolmetscherin Bianka Kraus begleitet.

sellschaftlichen Solidarität wahrgenommen? Das Ende des Zusammenhaltes? Die Aufgabe der Demokratie? Den Umbau der Stadt? Das sind historische, aber auch aktuelle Fragen!“ so Zadoff. Sie kritisierte zudem, dass nicht den Menschen, sondern dem Ort das Hauptaugenmerk der Dauerausstellung gewidmet sei: „Aber haben die Orte eine Bedeutung für sich? Können historische Orte – und das ist, glaube ich, auch für Nürnberg eine wichtige Frage – die Überlebenden und Zeitzeugen/-innen ersetzen, wenn diese verstummen?“ In Zeiten politischer Instabilität erwarteten sich die Menschen

aus der Beschäftigung mit dem Holocaust eine „Demokratiespritze“, die Erwartungen an historische Orte seien laut Zadoff gerade jetzt sehr hoch.

„Es geht in erster Linie darum, demokratische, kooperative und interdisziplinäre Herangehensweisen an Geschichte zuzulassen und demokratische Diskurse zu ermöglichen.“

Insbesondere um junge Menschen zu erreichen, setzten viele Einrichtungen auf neue Zugänge und Techniken wie beispielsweise Augmented oder Virtual Reality. Das Münchner NS-Dokuzentrum versuche sich nicht nur über freien Eintritt, sondern auch über die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen und kulturellen Geschehnissen in Europa und beispielsweise partizipativen Projekten einem breiteren Publikum zu öffnen: „Wir wollen damit temporäre Plattformen schaffen, die durch das Zusammendenken von Kunst, Wissenschaft und gesellschaftlicher Teilhabe alternative Zugänge, Diskurse und Fragestellungen in unser Haus bringen. Also in gewisser Weise eine Art von ‚Mobilizing Memories‘.“ ■

Podiumsgespräch

Daniela Schadt, Journalistin, im Gespräch mit **Prof. Dr. Mirjam Zadoff**, Direktorin des NS-Dokumentationszentrums München, Professorin für Geschichte und Jüdische Studien und **Dr. Ulrich Maly**, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg



Daniela Schadt (Mitte) im Gespräch mit Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Prof. Dr. Mirjam Zadoff

Anknüpfend an den Hauptvortrag führte die Journalistin Daniela Schadt ein vertiefendes Gespräch mit Mirjam Zadoff und Oberbürgermeister Ulrich Maly und thematisierte zunächst inhaltliche Ausprägungen von Erinnerungskultur. Angesichts der aktuellen Ereignisse (dem Anschlag auf die Synagoge in Halle an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag) müssten ihrer Meinung nach die bisherigen „Erinnerungsmethoden“ auf den Prüfstand. Es stelle sich dabei die Frage nach der richtigen Balance zwischen Emotionalisierung und der Darstellung reinen Faktenwissens. Mirjam Zadoff sieht bei ihrer Tätigkeit die Notwendigkeit mit Fakten zu arbeiten – durch die umfangreiche Quellenlage sei das auch nicht schwierig. So bestehe ein Schwerpunkt des Münchner NS-Dokumentationszentrums in der reinen Faktenvermittlung. Diese müsse aber immer intensiv reflektiert werden, denn auch durch die Art der Darstellung von vermeintlich Objektivem könne Geschichte verfälscht werden, wie es im Moment teilweise in Museen in Polen und Ungarn geschehe. Aufgabe sei es deshalb, gemeinsam mit Kunst, Wissenschaft und Museen Vermittlungswege jenseits von emotionalisierten Inszenierungen zu finden und dabei zu kritischen Diskursen anzuregen.

Welche Möglichkeiten Kommunen bei der Gestaltung von Erinnerungskultur haben, machte Ulrich Maly deutlich mit dem Verweis auf die Nürnberger Erinnerungsorte, an denen mit Fakten statt mit Projektionen gearbeitet werde: Zum einen die Zeppelintribüne, wo versucht werde, die große Frage des „Wie konnte es passieren, dass Millionen Menschen zu

„Mitläufer/-innen“ wurden?“ zu beantworten, indem die Faszination der größtenteils sinnlosen Selbstinszenierung einer Diktatur thematisiert werde. Und zum anderen der Schwurgerichtssaal 600 als Ort der Täter auf der Anklagebank. Hier solle der Gefahr aus dem Weg gegangen werden, die Exkulpierten der Millionen „Mitläufer/-innen“ durch die Verurteilung der Hauptkriegsverbrecher zu betreiben, indem stets auch der „zweite Teil der Erzählung“ (die Rolle und Verantwortung der „Mitläufer/-innen“) mitgeliefert werde. Für den Oberbürgermeister besteht darüber hinaus die aktuelle Herausforderung in der Vermittlung der gemeinsamen Verantwortung in der postmigrantischen Gesellschaft.

„Es waren nicht Deutsche und Juden, es waren Deutsche und Deutsche.“

Die Herausforderung der Gegenwart, ein breites Publikum zu erreichen, bestätigte Zadoff. Sie ging ausführlich auf die Frage von Daniela Schadt ein, ob es einen „Kern der Erinnerung“ gäbe, der gleichermaßen für alle vermittelbar sei. Noch im Jahr 2015, zur Zeit der Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums in München, gab es dort die Idee eines „Königswegs des Erinnerns“. Nach der Fluchtzuwanderung und dem erstarkenden Rechtspopulismus, der bis hin zu offener Relativierung des Holocausts in deutschen Parlamenten führe, sei jedoch deutlich geworden, dass „wir in einem anderen Deutschland anders damit umgehen müssen“. Deutschland habe sich sehr lange Zeit gelassen, zu verstehen, dass es ein nicht-homogenes Einwanderungsland sei. Es habe

viele Lehren aus dem Nationalsozialismus gezogen, aber es habe sich nie die Wahrnehmung dessen durchgesetzt, dass in den 1930er Jahren ein Kampf innerhalb der deutschen Gesellschaft geführt wurde und nicht „den Deutschen“ „die Juden“ gegenüberstanden, sondern Deutschen andere Deutsche. Diese Erkenntnis, dass es nie das homogene Volk gab und die Thematisierung von Verfolgung, Traumata und Stigmatisierung hätten eine hohe Relevanz in der postmigrantischen Gesellschaft.

„Wir brauchen die Lichterketten, aber dabei darf es nicht bleiben: die Zivilgesellschaft ist gefordert.“

Auf die Handlungsmöglichkeiten von Politik angesprochen, machte Maly deutlich, dass gute Sozial- und Bildungspolitik zwar grundlegend seien, aber keine Automatismen zur Bekämpfung von Demokratiefeindlichkeit. Die Zielrichtung sei jedoch klar: „Ziel ist nicht der bessere Schutz von jüdischen Einrichtungen, sondern dass kein Schutz notwendig ist.“ Beim Betroffensein dürfe es nicht bleiben, die Organisation normaler Alltagsbegegnungen müsse intensiviert werden. Der Dialog innerhalb der Zivilgesellschaft sei hier besonders wichtig.

Gegen Ende der Diskussion herrschte Einigkeit, dass sowohl der Dialog als auch die Entwicklung von Utopien, also die Vision einer besseren Welt, wichtige Elemente der Demokratiebildung seien. ■

Das Politische ist religiös – das Religiöse ist politisch!

Claudio Ettl, Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg, und **Derviş Hızarcı**, Antidiskriminierungsbeauftragter an Schulen, Berlin, im Gespräch mit **Dr. Siegfried Grillmeyer**, Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg



Derviş Hızarcı, Dr. Siegfried Grillmeyer und Claudio Ettl (v. l.) diskutierten Potenziale der Bildung zur Demokratieförderung im Kontext von Politik und Religion.

„Was ist passiert im Verhältnis zwischen Religion und Politik?“ Mit diesem Einstieg lud Siegfried Grillmeyer, Leiter der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums zum Nachdenken über eine im Zuge der Säkularisierung doch scheinbar längst beantwortete Frage ein. Doch tatsächlich, so Grillmeyer tangiere die Fragestellung alle gegenwärtigen Debatten um Migration, Integration, Zusammenhalt oder Gender – das Religiöse sei in politischen Diskursen omnipräsent. Wieviel Wissen über Religionen folglich erforderlich sei, stellte er als Frage ebenso in den Raum wie das hierzu kontrastierende Zitat des Soziologen Harald Welzer, der zuspitzte, dass man überhaupt nichts von der deutschen Geschichte kennen müsse, um zu wissen, dass man eine Flüchtlingsunterkunft nicht anzünde. Weitere, zunächst an die Referenten gerichteten Fragen behandelten die Rolle von Religionen im säkularen Staat (Stichwort Neutralitätsgebot), eine verstärkte Instrumentalisierung und Fundamentalisierung des Religiösen und die Entwicklung diesbezüglicher Gegenstrategien.

Verständnis für das Andere als Grundlage von Präventionsarbeit

Zunächst bezog Derviş Hızarcı, Antidiskriminierungsbeauftragter der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und Vorsitzender der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus,

Stellung. Ausgehend von einem Zitat des bedeutenden persischen Dichters und islamischen Gelehrten Rūmī („Früher war ich schlau und wollte die Welt verändern, jetzt bin ich weise und ändere mich.“), lenkte er den Blick auf die individuelle Verantwortung und die Möglichkeiten und Grenzen des eigenen Handelns. Dass in einer säkularen Gesellschaft die Institutionen, nicht aber zwangsläufig die Menschen säkular seien, die diese Institutionen mit Leben füllen, führe dort zu Spannungen, wo Menschen aufgrund ihrer religiösen Lebensgestaltung diskriminiert würden. Das Neutralitätsgebot, dem sich die Verwaltung verpflichte und die Religiosität Einzelner, die für sie arbeiten, erfordern einen Spagat. Dieser würde umso schwieriger in einem Land mit christlich-jüdischer Prägung und einer Bürgerschaft mit diversen kulturellen und religiösen Hintergründen. Diese Spannungen zu erkennen und auszuhalten, sei ein erster wichtiger Schritt. Es brauche zunächst definitorische Klarstellungen, bevor über Instrumentalisierung und Fundamentalisierung des Religiösen diskutiert und mögliche Gegenstrategien entwickelt werden könnten, so Hızarcı. Ein beispielhaftes Potenzial des Religiösen, demokratiefeindlichen Kräften entgegenzuwirken, sah er im Hinblick auf die eigene pädagogische Arbeit in der biblischen Botschaft Jesu, die andere Wege hinzuhalten, wenn man geschlagen würde in dem Sinne, dem oder der anderen den Spiegel vorzuhalten und die kritische Auseinandersetzung bewusst zu suchen.

Auch wenn dies nicht der leichteste Weg sei, so bewahre dieses Eingreifen vielleicht einen anderen Menschen vor Schlimmerem. Für die Präventionsarbeit sei es wichtig, Regeln zuvor deutlich als solche zu kennzeichnen. Im Falle deren Überschreitung sei eine klare Reaktion erforderlich, die die eigenen Überzeugungen und Haltungen sichtbar mache und auf die Kraft der Argumente setze. In der demokratischen Gesellschaft sei es dabei von fundamentaler Bedeutung, anderen Überzeugungen und Argumenten die gleiche Aufmerksamkeit zu schenken, wie man sie für sich selbst einfordere. Die Fähigkeit zum Perspektivwechsel auszubilden, sei wesentliche Grundlage von Antidiskriminierungsarbeit. Hızarcı schlug vor, Toleranz als Unterrichtsfach einzuführen („Das Wort klingt schon so schön in den Ohren!“), das Themen wie Perspektivwechsel, Gemeinschaftssinn, teambildende Maßnahmen und Zivilcourage vermitteln solle.

Wissensvermittlung über Religion und Sensibilität für Religiosität durch politische Bildung

Claudio Ettl, Leiter des Ressorts Theologie, Spiritualität und Philosophie an der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, unterstrich die Aussage „Das Religiöse ist politisch!“ mit Hinweis auf eigene Erfahrungen während eines ökumenischen Studienjahrs in Jerusalem. Auch die Aussage „Das Politische ist religiös“ treffe zu, da beide Systeme auf die Gestaltung von Gesellschaft und die Erklärung der Welt abzielten. Im Bildungsbereich sei die Differenzierung zwischen Religion als Sinnsystem und Modell für Weltdeutung basierend auf heiligen Schriften, Theologie und Identität und Religiosität, die den einzelnen Menschen und seine individuelle Haltung betreffe, wichtig. Diese könne sich weit von der eigenen Religion entfernen und sich deutlich von dieser unterscheiden. Daraus erwachse eine Ambiguität, mit der das Gesamtsystem leben müsse und deren Ausgleich nicht immer gelinge. Hier müsse politische Bildung mit

Vermittlung von Wissen über Religionen und Sensibilität für Religiosität ansetzen.

Im Gespräch mit den Referenten diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einzelne Aspekte vertieft und

debattierten abschließend über die Herausforderung, demokratiefeindlichen „unheiligen Allianzen“ möglicherweise eigene, demokratiefördernde „heilige Allianzen“ gegenüber zu stellen. Auch wenn es sehr viel schwieriger sei, für eine

Sache als gegen etwas einzutreten, so lohne sich das Aushandeln gemeinsamer Werte, das Formulieren positiver Ziele, das Streben nach Utopien und das Entwickeln von Visionen unbedingt. ■

Forum 2

Politische Teilhabe im Netz

Schlecky Silberstein, Blogger, Autor und Filmemacher; **Karolin Schwarz**, Freie Journalistin, Faktencheckerin und Trainerin; Moderation: **Klaus Lutz**, Medienzentrum Parabol e.V.

Das World Wide Web als Bezugspunkt und Projektionsfläche der Diskussion: Schlecky Silberstein bezeichnet das Internet als seinen Arbeitsplatz, Karolin Schwarz gar als ihren Wohnort. Beide sind von diesem Ort mit seinen Freiheiten und Möglichkeiten fasziniert und warnen zugleich vor den Machtstrukturen und den Formen psychischer Gewalt, die zu ihm gehören. Forum 2 der diesjährigen Bildungskonferenz widmete sich in diesem Sinne den Herausforderungen, denen sich Bürgerinnen und Bürger in Arbeit, Bildung und Freizeit im Netz ausgesetzt sehen.

Für Christian Brandes alias Schlecky Silberstein gibt es „eine Firewall für Menschen“, die den Einzelnen davor bewahre, „gehackt zu werden“: Bildung! Sein Vortrag, den er ähnlich auch vor Schulklassen hält, wäre in diesem Bild ein Update, denn man könne sich nur vor Dingen schützen, die man auch verstehe. Der Blogger und Autor des Buches „Das Internet muss weg!“ ging auf die Eigenlogiken des Datenkapitalismus ebenso ein wie auf die Auswirkungen, die sich daraus für die Gestalt ergeben, in der uns das Internet und insbesondere Social Media-Plattformen entgegentreten.

„Wer sich auf Facebook und Google aufhält, bewegt sich auf einer Menschenplantage.“

„Facebook und Google sind Datenhändler“, so Silberstein, „wer sich dort aufhält, bewegt sich auf einer Menschenplantage.“ Die Zielfunktion der Algorithmen sei die Maximierung des Interaktionsniveaus der Nutzerinnen und Nutzer. Die Menge

der Datenpunkte pro Person lässt sich – völlig legal – zu Geld machen. Deshalb sei unsere digitale Umwelt so gestaltet, dass sie uns stets dazu animiert, möglichst viele Klicks, Posts und Likes zu hinterlassen: „Addictive Design“ Sorge dafür, dass wir panisch zurück nach Hause rennen, wenn wir merken, dass wir das Smartphone versehentlich liegen gelassen haben. Denn mit jedem Signalton oder Sum-

kurs. In diesem Sinne machte sich Silberstein für eine Social Media-Abstinenz von Politikerinnen und Politikern stark. Im gleichen Maß ist die Aufklärung über die Mechanismen ebendieser Kommunikationsmedien für die Aufrechterhaltung eines demokratischen Willensbildungsprozesses mündiger Subjekte unter den Bedingungen moderner Onlinekommunikation für Silberstein unerlässlich.



In der Diskussion mit dem Publikum: Schlecky Silberstein, Klaus Lutz und Karolin Schwarz (v.l.n.r.)

men, das uns eine Rückmeldung aus dem Netz auf unser Verhalten anzeigt, wird im Hirn das Belohnungszentrum aktiv. Ohne Handy drohe Dopaminenzug.

Für politische Kommunikation im Netz sei nun wichtig zu wissen, so Silberstein, dass die neuronalen Tricks, mit denen unsere Interaktion im Netz maximiert werden soll, an möglichst starke Emotionen anknüpfen. Und negative Gefühle, namentlich Angst und Wut, steigern die Interaktion am effektivsten. Deshalb würden politische Extrempositionen – und dabei insbesondere solche, die an negative Emotionen anknüpfen – prinzipiell höher „gerankt“ als differenzierte Statements und Kompromissangebote. Social Media sei daher für den Blogger der denkbar schlechteste Ort für einen argumentativen und abwägenden Dis-

Bei der Vorstellung von Karolin Schwarz verwies Moderator Klaus Lutz vom Nürnberger Medienzentrum Parabol darauf, dass er ihre Arbeit seit Langem als Grundlage für medienpädagogische Angebote nutze. Schwarz stellte das Projekt HOAXmap vor, das sie neben zahlreichen anderen Projekten ehrenamtlich betreibt. Hoax, englisch für Falschmeldung, beschreibt dabei den Gegenstand dieses Aufklärungsprojekts. Auf einer interaktiven Deutschlandkarte sind

widerlegte Falschmeldungen zu Geflüchteten und „People of Colour“ verzeichnet, die sich auch thematisch nach Schlagwortkategorien sortieren lassen. Aus der Zusammenschau der Arbeitsergebnisse leitete Schwarz exemplarisch einige spannende Muster in der digitalen Gerüchteküche ab. Die Kategorie „Geldleistungen/Sachleistungen“ fasst beispielsweise Falschmeldungen zusammen, laut denen Geflüchtete finanzielle oder geldwerte Vorteile erhalten würden wie etwa einen Bordellgutschein vom Sozialamt. Eine geographische Analyse dieser Art Fake News zeigt, dass diese besonders häufig in wohlhabenden Gemeinden wie etwa im Münchner Speckgürtel anzutreffen seien.

„Es fehlt an Unrechtsbewusstsein.“

Wie Silberstein ist auch Karolin Schwarz die Konfrontation mit Beleidigungen, Drohungen und sogar Verschwörungstheorien gewohnt, die sie als Reaktion auf ihre kritische Arbeit erhält. Beispielhaft machte sie anhand einiger Zitate deutlich, mit welcher menschenverachtender Rhetorik dabei vorgegangen wird. Man müsse sich aber von der Vorstellung lösen, es handle sich hier nur um isolierte und abgehängte Menschen. „Da wird ganz offen mit Klarnamen kommentiert. Solche Sachen schreibt dann beispielsweise Dr. Karl-Heinz von XY“, so Schwarz, „Daran sieht man auch, dass es diesen Leuten an Unrechtsbewusstsein fehlt.“

Im Forum betonte Schwarz aber auch die gemeinschaftsbildenden und demokra-

tischen Potenziale von Internet-Kommunikation. So sei beispielsweise die starke Mobilisierung der Bewegung Fridays for Future ohne das Netz kaum denkbar. Um diese Potenziale zu stützen, sei es wichtig, im Web argumentativ dagegen zu halten. „Counterspeech“ sei zwar mühsam, aber notwendig, um der scheinbaren Übermacht menschen- und demokratiefeindlicher Stimmen in den sozialen Netzwerken etwas entgegenzusetzen. Als verhängnisvollen Mechanismus, der dazu beiträgt, hasserfüllte Äußerungen dominanter erscheinen zu lassen, als sie zahlenmäßig tatsächlich sind, ging Schwarz abschließend auf den sogenannten Bystander-Effekt ein. So sei aus der Sozialpsychologie bekannt, dass in der Öffentlichkeit – auch der analogen – Zeuginnen und Zeugen von Gewalt sich seltener für die Opfer einsetzen, je mehr andere Personen ebenfalls dabeistehen.

In der anschließenden Diskussion, stand die Frage im Mittelpunkt, wie insbesondere junge Nutzerinnen und Nutzer, aber auch die demokratische Gemeinschaft als Ganzes vor den beschriebenen Gefahren geschützt werden können – und wie weit der Staat zu diesem Zweck eingreifen soll. Schlecky Silberstein plädierte durchaus dafür, dass der Staat die Architektur des Netzes mit Blick auf mehr Transparenz und demokratische Kontrolle regulieren dürfe und sich seiner eigenen Gestaltungsmacht bewusst sein müsse. So sei beispielsweise der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durchaus auf den Bereich der sozialen Medien anwendbar. Karolin Schwarz betonte, dass es nicht unbedingt neuer Gesetze bedürfe, um Einzelpersonen effektiv zu schützen. Nachholbedarf sah sie eher in der Rechtsdurchsetzung und auch in der Fortbildung des Personals von Strafverfolgungsbehörden. ■

Forum 3

Wie Partizipation Engagement fördert und Engagement Partizipation

Dr. Christian Boeser-Schnebel, Universität Augsburg, Philosophisch-sozialwissenschaftliche Fakultät und Netzwerk Politische Bildung Bayern; **Sylvia Kohlbacher**, Stadt Nürnberg, Loni-Übler-Haus; **Barbara Menzel**, Stadt Nürnberg, Zentralhort Veilhofstraße; **Brigitte Schneider**, Naturfreunde e.V., Nürnberg; **Susanne Stadelmann-Behnke**, Thusnelda-Grundschule Nürnberg und Trainerin; Moderation: **Georg Fleischmann**, Regionalbeauftragter für Demokratie und Toleranz, Mittelfranken

Partizipation als Rezept gegen das „Nur bis zu meinem Gartenzaun“-Denken



Christian Boeser-Schnebel, Georg Fleischmann (links)

Forum 3 der Bildungskonferenz fragte nach Rahmenbedingungen gelingender Demokratiebildung: Für Dr. Christian Boeser-Schnebel vom Netzwerk Politische Bildung Bayern – hier insbesondere in der Konzeption der „Langen Nacht der Demokratie“ aktiv - liegt eine Antwort in der Förderung von Partizipationsmöglich-

keiten. In seinem Impulsvortrag vermittelte er den Zuhörerinnen und Zuhörern anschaulich, wie sich Partizipation und Engagement gegenseitig bedingen und befördern lassen. Dabei meint Partizipation die Einbeziehung von Individuen und Organisationen in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse. Teilhabe kann sich auf unterschiedliche Bereiche wie Familie, Schule oder Gemeinde beziehen und in variierender Intensität von „informiert sein“ bis „mitentscheiden“ stattfinden. Anhand empirischer Studien beschrieb Boeser-Schnebel den Teufelskreis von Politik(er)verdrossenheit der Bürger und Bürgerverdrossenheit der Politiker. Diese sich selbstverstärkenden Prozesse könnten nur über anspruchsvolle Partizipationsmöglichkeiten durchbrochen werden und setzten gegenseitiges Vertrauen voraus: Vertrauen in die Kompetenzen der Partizipierenden und in deren Wertefundament. Zentral für die Engagementbereitschaft sei die Identifikation der Partizipierenden mit dem Bereich, in dem sie sich engagieren. Je mehr sich Menschen

mit dem Projekt, dem Thema oder dem Bereich identifizieren können, je mehr sie es „zu ihrer Sache“ machen können, desto größer sei die Bereitschaft zur Partizipation, die wiederum die Identifikation verstärke.

Am konkreten Projekt „Dorfgespräch“, in dem durch persönliche Begegnung als Basis eines wertorientierten Dialogs die „demokratischen Selbstheilungskräfte der dörflichen Gemeinschaft“ aktiviert werden sollen, zeigte Boeser-Schnebel zentrale Gelingensfaktoren für Angebote zur Partizipation: die frühestmögliche Identifikation und Einbindung von Stakeholdern, möglichst niedrigschwellige Partizipationsmöglichkeiten, eine wertschätzende Grundhaltung und eine partizipationsfördernde Sitzungskultur. Relativ einfache Mittel (im Projekt z.B. Gesprächsangebote im Bierzelt, Einladungen von anerkannten Dorfpersönlichkeiten, der Frage nach den positiven Dingen) können Gemeinschaften aktivieren und echte Beteiligung herstellen.

Georg Fleischmann, zentraler Beratungslehrer und Regionalbeauftragter für Demokratie und Toleranz an der Staatlichen Schulberatungsstelle für Mittelfranken, moderierte die Rückfragen und Diskussionspunkte aus dem Publikum. So wurde „Solidarität“ eingeklagt, die ein wichtiger Bestandteil der Demokratie sei. Für Boeser-Schnebel hängt die Fähigkeit zu solidarischem Handeln immer auch mit der Verbundenheit, d.h. der Identifikation zusammen. Der riesige Bereich des ehrenamtlichen Engagements zeige: dort wo sich Menschen engagieren, handeln sie auch solidarisch. Für Bildungsprozesse sollte deshalb die eigene Verantwortung („Was kann ich tun?“) in den Mittelpunkt gestellt werden. Auf die Frage Fleischmanns, wie vermieden werden kann, dass neu entstehendes Engagement wie aktuell die Fridays-for-Future-Bewegung zum Strohfeuer wird, sah Boeser-Schnebel genau darin den Schlüssel: Wenn die Erfahrung einer konkreten Gemeinschaft mit einem gemeinsamen Wertefundament gemacht wird, kann das Engagement vieler zu einer effektiven Lobby werden.

An drei Thementischen zeigten Praktikerrinnen aus Nürnberg konkrete Möglichkeiten für Engagement und Partizipation der jeweiligen Zielgruppen in ganz verschiedenen Settings auf:

„Wir müssen fragen: Was ist Euer Thema (im Verein)?“

Brigitte Schneider von den Naturfreunden Bayern e.V., dem Landesverband für 120 Naturfreunde-Ortsgruppen mit rund 17.000 Mitgliedern, stellte dar, wie Strukturen im Verein demokratischer gestaltet werden können: mit dem durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ geförderten Projekt „Stärkenberatung“ wollen die Naturfreunde Bayern Veränderungsprozesse in den Ortsgruppen anstoßen, Mitglieder aktivieren und das solidarische Miteinander im Verein stärken.

Mit der „Kopfstandmethode“, einer Moderationsmethode, wie sie genauso auch in der Stärkenberatung vor Ort eingesetzt werden kann, entwickelte sie mit den Mitdiskutierenden am Tisch schnell die relevanten Faktoren zur Stärkung der Beteiligung im Verein vor Ort: So können Rahmenbedingungen (wie z.B. Terminsetzung und Länge der Sitzungen), Instru-

mente (z.B. Mitgliederbefragungen zu Themen) und Haltungen (z.B. „Jede Meinung eines Mitglieds wird gleich wertgeschätzt“) zur Stärkung des Engagements der Mitglieder und zur Öffnung des Vereins beitragen.



Regel Austausch unter den Teilnehmenden in Forum 3

Partizipation ist mehr als Kinderversammlung

Barbara Menzel, Leiterin eines Zentralhortes der Stadt Nürnberg, präsentierte verschiedene Formen, wie bereits Grundschulkindern ihre Umgebung in einer Kindertageseinrichtung mitgestalten können. Wichtige Voraussetzungen sind fachliche Diskussionen im gesamten Team, bei denen die demokratische Grundhaltung definiert und der Spielraum für Mitbestimmung abgesteckt wird. Dieser Prozess – und hier betonte Menzel, dass der Weg das Ziel sei – kann durch Inhouse-Fortbildungen und Supervision unterstützt werden. Grundsätzlich wichtig sei der wertschätzende Umgang nicht nur im Team, sondern auch mit den Kindern und Eltern.

Eine Form der Partizipation sind Kinderkonferenzen als wichtiges Austausch- und Entscheidungsgremium. Die Palette der Möglichkeiten geht jedoch weit darüber hinaus. So werden in Menzels Einrichtung im alltäglichen Tagesablauf Wünsche und Vorschläge der Kinder berücksichtigt. Die Kinder werden dabei aktiv, so planen und führen sie selbstständig Aktionen durch. Auch beim Ferienprogramm wird mitbestimmt. Vorausgesetzt ist hier immer die Bereitschaft der Erzieherinnen und Erzieher Macht abzugeben und Vertrauen in die Kinder zu setzen.

„Ja, natürlich können wir mitbestimmen“: Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Am Thementisch „Partizipation und Engagement in der Schule“ wurde schon durch die bunte Besetzung ein Erfolgsfaktor für gelingende Partizipation an der Schule deutlich: Die Sprecherinnen der AG „Schule ohne Rassismus“ an der Thusnelda-Grundschule Elif Gündogdu und Tasnim Khadra stellten gemeinsam mit ihrer AG-Leitung Sylvia Kohlbacher aus dem städtischen Kulturladen Loni-Übler-Haus und den Lehrerinnen Susanne Stadelmann-Behnke und Ina Langheinrich-Lenk ihr Engagement im Rahmen der „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ vor. Selbstbewusst berichteten sie von Projekten wie einer „Seed Bomb-Aktion“ und einem Sternenlauf im Rahmen der „Nürnberger Woche gegen Rassismus“ oder einer Spendenaktion für Obdachlose in Zusammenarbeit mit der Heilsarmee und bestätigten eine echte Einbindung vieler Akteure.

Moderator Georg Fleischmann stellte die guten Beispiele in einen regionalen Kontext und fasste zusammen, welche Rahmenbedingungen Demokratielernen in und an der Schule braucht. Gerade im starren System Schule sei es oft schwer, langfristige Strukturen zur Engagementförderung aufzubauen und nicht in Einzelprojekten stecken zu bleiben. Als Erfolgsfaktoren ergaben sich in der Diskussion vor allem „Haltungen“, so z.B. Vertrauen in die Fähigkeiten und Ressourcen der Schülerinnen und Schüler und eine wertschätzende gegenseitige Unterstützung, auch im übergreifenden Schul-Netzwerk. Neben den motivierten Personen (Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Sozialpädagoginnen und -pädagogen) brauche es aber auch nachhaltig angelegte Strukturen, wie die Einbettung des Themas in jeder Klassenstufe, Personal zur Betreuung von Schüler-AGs und die hundertprozentige Unterstützung der Schulleitung. Den „echten Glücksfall“ der langjährigen und nachhaltigen Kooperation mit einer städtischen Kultureinrichtung (dem Loni-Übler-Haus) empfahlen die Referentinnen auch anderen Schulen. ■

Politisch-historische Bildungsarbeit in Nürnberg: Lernen am authentischen Ort

Julia Oschmann, KJR Nürnberg-Stadt, DoKuPäd; **Dr. Alexander Schmidt**, Stadt Nürnberg, Dokumentationszentrum; **Annekatriin Fries**, Stadt Nürnberg, Kulturreferat Stadt Nürnberg, Stabstelle Zeppelintribüne / Zeppelinfeld; **Dr. Doris Katheder**, Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, Studienforum Dokumentationszentrum und Reichsparteitagsgelände

Das Forum „Politisch-historische Bildungsarbeit in Nürnberg: Lernen am authentischen Ort“ führte dem Thema entsprechend als Exkursion zum ehemaligen Reichsparteitagsgelände. Dort berichtete zunächst Julia Oschmann vom Kreisjugendring über ihre pädagogische Arbeit bei DoKuPäd, die ganz entscheidend auf dem Umgang mit authentischen Lernorten basiert. Die Arbeitspraxis von DoKuPäd bleibe von der Entscheidung für einen Erhalt (gegen den kontrollierten Verfall) der Zeppelintribüne nicht

unberührt. So könnten zwar auch „verschwundene“ Orte, wie etwa das ehemalige Konzentrationslager Hersbruck für pädagogische Arbeit genutzt werden, es zeige sich aber gerade an diesem Beispiel, dass hier in erster Linie Publikum mit guten Ortskenntnissen erreicht werde. Die Zeppelintribüne besuchten aber sehr viele internationale und auswärtige Gäste.

Faszination zulassen und Intention des Naziregimes aufdecken

In der Bildungsarbeit mit der Zeppelintribüne müsse gleichzeitig die Faszination des Ortes, der von Albert Speer dem Pergamonaltar nachempfunden wurde, zugelassen und mit den Schattenseiten der Nazizeit in Verbindung gebracht werden. Interessant sei für die Kinder und Jugendlichen auch die immense Logistik, die hinter den Veranstaltungen auf dem Zeppelinfeld stand. So reisten damals am Tag der Hitlerjugend 45.000 Jungen und 5.000 Mädchen aus ganz Deutschland

für nur einen Tag an. Deutlich gemacht werde auch, dass es sich um Massenveranstaltungen, vergleichbar mit heutigen Sportveranstaltungen oder Musikfestivals handelte, die eine große Faszination bei



Julia Oschmann, Annekatriin Fries und Dr. Alexander Schmidt

den Beteiligten und dem Publikum hervorriefen. Während der Führungen über das Gelände wird dem Publikum auch anhand von Bildern aus dem Krieg deutlich gemacht, dass die Veranstaltungen nicht nur der politischen Propaganda, sondern auch der Erprobung von Kriegslastwagen dienten. So wurden zum Beispiel die Großküchen, mit denen die Jugendlichen auf den Veranstaltungen versorgt wurden, später im Krieg eingesetzt.

Gefragt nach den Interessen oder dem Vorwissen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund konstatierte Oschmann, dass sie keine Unterschiede wahrnehme, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund allerdings zum Teil zusätzlich nach der Geschichte des Herkunftslandes ihrer Familien in der Zeit des Nationalsozialismus fragen.

Neue Zielgruppen ansprechen

Alexander Schmidt, Mitarbeiter des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände, ging im zweiten Teil der Füh-

rung auf die aktuellen Diskussionen zum Umgang mit dem Reichsparteitagsgelände ein und bezog ebenfalls klar Stellung für einen Erhalt des Geländes in seiner aktuellen Form. Der Ort sei nicht nur für die pädagogische Arbeit zentral, sondern er würde auch von vielen Leuten besucht, die das Gelände ohne Führung besichtigten oder den öffentlichen Raum zur Freizeitgestaltung nutzten. Somit könne ein Publikum erreicht werden, das ansonsten eher selten Museen besuche. Schmidt zeigte an mehreren Probestellen an der

Rückseite der Zeppelintribüne, wie eine bauliche Erhaltung aussehen könnte.

Annekatriin Fries vom Kulturreferat der Stadt Nürnberg berichtete, dass das Gelände auch im Rahmen der Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2025 eine zentrale Rolle spiele. Ebenso werde in diesem Zusammenhang eine mögliche Nutzung der Kongresshalle für die freie Kunstszene diskutiert. Fries verwies darauf, dass den aktuellen Planungen zum Erhalt der Zeppelintribüne ein breit angelegter diskursiver Prozess, der letztendlich schon 2010 mit der Eröffnung des Dokumentationszentrums begonnen wurde, vorausgegangen sei. Fries berichtete, dass jährlich etwa 300.000 Besucherinnen und Besucher das Gelände besichtigten, davon viele ohne pädagogische Begleitung. Auch dies zeige, dass das Interesse an der Zeppelintribüne als Bildungsort nach wie vor riesig sei. Dabei spiele die Begehrbarkeit, aber auch die Möglichkeit der Freizeit- und Sportnutzung eine große Rolle. Unter anderem sollen bei der Neugestaltung der Zeppelintribüne ein zen-

Impressionen von der 11. Bildungskonferenz



Dr. Martin Ecker, Direktor Bildungscampus und Bildungszentrum der Stadt Nürnberg (li.) und Stadtrat Alexander Liebel



Annekatriin Fries, Kulturreferat der Stadt Nürnberg, mit Stadtrat Thorsten Brehm



Integrationsbegleiterin Priscilla Hirschhausen (li.) und Nicole Lämmermann, Berufsschule 5



Martina Mittenhuber, Ipek Erdönmez, Clara Grell und Wiebke Winter vom Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg (v.l.)



Gruppenarbeit in Forum 3 zum Thema Partizipation und Engagement

traler Informationspavillon und weitere Hinweispunkte geschaffen werden, die das historische Geschehen vermitteln.

Entmystifizierung des Goldenen Saals

Der so bezeichnete „Goldene Saal“ werde in der zukünftigen pädagogischen Arbeit eine wichtige Rolle spielen, ergänzte Schmidt. Da dieser im Moment nicht für eine breite Öffentlichkeit zugänglich ist,

würde vor allem im Internet geradezu eine Mystifizierung des Raumes stattfinden, die mit der Wirklichkeit wenig zu tun habe. Es werde derzeit an einem pädagogischen Konzept gearbeitet, das die Faszination, die der Ort zweifelsohne ausstrahle, berücksichtige. Indem der Saal damals nur

nur für Ehrengäste zugänglich war, spiegelt der Ort die starken Hierarchien der Nazigesellschaft wider. Der Raum funktioniere, so Schmidt, über die Ästhetik, weshalb eine zukünftige Nutzung ebenfalls ästhetische Antworten geben müsse. Daher sei es auch das Ziel die Atmosphäre des Raumes zu brechen. Nach der Begehung des Goldenen Saals begaben sich die Forumsteilnehmenden nach einem kurzen Halt auf der Tribüne auf einen Rundgang über das Zeppelinfeld, das normalerweise eingezäunt und für die Öffentlichkeit nicht zu betreten ist. Zu den Planungen berichtete Fries, dass durch die Öffnung des Feldes zukünftig auch die Perspektive der Teilnehmenden der Reichsparteitage ermöglicht werden könne. Das Zeppelinfeld solle für alle zugänglich gemacht, es werden Sichtachsen geschaffen und das Gelände mit Informationstafeln erschlossen.

Kinder errichten Skulptur des Friedens

Der nächste Programmpunkt der Exkursion war die Kongresshalle, in deren Innenhof zum Zeitpunkt der Bildungskonferenz das Kunstprojekt „Skulptur des Friedens“ stattfand, bei dem Kinder aus zwölf Ländern aus ihren Plastikwaffen eine Skulptur

des Friedens erschufen. Der Initiator und Künstler Johannes Volkmann gab einen Einblick in die Entstehung des Kunstprojektes. Volkmann und sein Team hatten Kinder und Jugendliche aus 30 Ländern zu ihren Zukunftsvisionen befragt und mit ihnen im Anschluss die Gipfelkonferenz der Kinder in Nürnberg durchführt. Dort kristallisierte sich die Forderung der Abschaffung von Kriegen und Waffen als ein zentrales Thema heraus.



Plastikwaffen werden zur Friedenskultur

Abschließend berichtete Doris Katheder vom Caritas-Pirckheimer-Haus (CPH) über die pädagogische Arbeit am Dokumentationszentrum, die gemeinsam durch die Partner Geschichte für Alle, Menschenrechtszentrum, Menschenrechtsbüro, DoKuPäd und CPH durchgeführt werde. Durch die Aufteilung nach Themen und Zielgruppen könnten passgenaue Angebote gestaltet werden. Während beispielsweise DoKuPäd vor allem Kinder und Jugendliche zumeist aus Schulen ansprache, führe das CPH zumeist mehrtägige Veranstaltungen für Jugendgruppen durch.

Insgesamt seien auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände Nachfrage wie Besucherzahlen steigend. Auf die Frage nach der Besucherstruktur berichtete Annekatriin Fries, dass eine aktuell durchgeführte Befragung an der Zeppelintribüne Besucherinnen und Besucher aus 29 Ländern mit einer Verteilung von 80 Prozent Deutschen und 20 Prozent Ausländerinnen und Ausländern erfasst hat. Deutlich wurde aber auch, dass als Grundlage für die aktuellen Planungen eine größer angelegte Besucherbefragung hilfreich wäre. ■

Menschenrechts- und Demokratiebildung im Stadtteil

Prof. Dr. Heiner Bielefeldt, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik; **Isolde Ebert**, Stadt Nürnberg, Kulturladen Zeltnerschloss; **Theresia Aschemann** mit den **Schülern Josie Marquardt** und **Osasenaga Odigie**, Scharrer-Mittelschule, Nürnberg; **Arno Lang**, Luise - The Cultfactory, Nürnberg; **Martina Mittenhuber**, Stadt Nürnberg, Menschenrechtsbüro; **Clara Grell**, Koordinierungsstelle Demokratie leben, Kreisjugendring Nürnberg / DoKuPäd



Prof. Dr. Heiner Bielefeldt skizzierte die Chancen der Stadtteilarbeit für Menschenrechte und Demokratie.

Die Teilnehmenden in Forum 5 beschäftigten sich mit den Chancen der Menschenrechts- und Demokratiebildung im Stadtteil und tauschten sich darüber aus, wie Quartiersarbeit gestaltet werden muss, um das Miteinander vor Ort zu fördern. Naheliegender Besuch der Gruppe dazu den Stadtteil Gleißhammer und steuerte zunächst den Kulturladen Zeltnerschloss an. Nach einem Fachvortrag von Prof. Dr. Heiner Bielefeldt und Beiträgen aus der Fachpraxis folgte ein Rundgang im Stadtteil.

Demokratie und Menschenrechte sind eng miteinander verwoben

Einleitend machte Bielefeldt deutlich, inwiefern Demokratie und Menschenrechte miteinander verwoben sind und weshalb insbesondere aktuell die Achtung von Menschenrechten wichtiger denn je ist. Bielefeldt führte in seinem Vortrag zunächst aus, dass in der Gegenwart auch ein ganz klares „Nein“ zu Menschenrechten – gerade auch im Namen der Demokratie – zu erleben sei. Die Tendenz, den Begriff der Demokratie zu besetzen und rechtspopulistisch umzudrehen, sei nicht nur in Deutschland zu beobachten,

sondern auch in anderen Ländern, zum Beispiel Großbritannien, wie das Thema des Brexit zeigt. Die Demokratie werde demzufolge verstanden als ein möglichst „rücksichtsloses Durchmarschieren der Mehrheit“, so Bielefeldt. Rücksichtslosigkeit werde dabei als Zeichen der Stärke geadelt und die Darstellung „Das Volk hat gesprochen“ zu einem ultimativen Postulat. Die Zerstörung der demokratischen Diskurskultur führe zur Spaltung der Gesellschaft zu denen, die mitziehen („Das Volk“) und den Anderen („Verräter“). Diese rechtspopulistische Verdrehung der Demokratie führe zu einem „Auseinanderdriften“ von Menschenrechten und Demokratie, so dass beide nur noch Karikaturen entsprechen. Bielefeldt verdeutlichte, dass es die Menschenrechte brauche, wenn Demokratie mehr sein soll als nur der Durchmarsch der Mehrheit. Menschenrechte sind Voraussetzung dafür, dass Demokratie ein offener Raum bleibt: Ein Raum, in dem sich auch Mehrheiten neu bilden können und in dem das Verhältnis von Mehr- und Minderheiten im Fluss bleibt; ein offener fluider (Lern-) Prozess der ganzen Gesellschaft, bei der gerade auch kritische Stimmen die Entwicklung vorantreiben können.

„Ohne Menschenrechte verliert die Demokratie ihre eigentliche freiheitliche Substanz; sie mutiert zur Karikatur ihrer selbst.“

Am Beispiel der UN-Behindertenrechtskonvention zeigte Bielefeldt auf, dass bei den Menschenrechten wie auch bei der Demokratie eine ganzheitliche Sichtweise wesentlich sei. So garantiere die Behindertenrechtskonvention nicht nur Sonderrechte für Menschen mit einem Behindertenausweis, sondern möchte auch einen Beitrag zur Humanisierung der Gesellschaft leisten. Es gehe darum, das Gemeinwesen für Vielfalt zu sensibili-

sieren und ein respektvolles Miteinander zu fördern.

„Meinungsfreiheit ist das Lebenselement der Demokratie.“

Martina Mittenhuber vom städtischen Menschenrechtsbüro betonte, dass die Meinungsfreiheit Grundlage aller Freiheiten sei. Aktuell sähen sich Kommunen verstärkt damit konfrontiert, dass Parteien in ihrer Kernideologie menschenfeindliche Standpunkte vertreten. Mittenhuber stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob Meinungsfreiheit dort ende, wo sie die Werteordnung einer Gesellschaft bedrohe. Bielefeldt zeigte daraufhin die zwei Sinngrenzen der Meinungsfreiheit auf: Die erste Sinngrenze sei überschritten, wenn ein Sprechakt andere Personen



Theresia Aschemann, Josie Marquardt und Osasenaga Odigie (v.l.)

systematisch von Kommunikation ausgrenzt. Die zweite Sinngrenze werde dadurch erreicht, dass Tatsachen absichtlich manipuliert werden. Das Recht auf Meinungsfreiheit sei nicht das Recht „Unsinn unkommentiert“ äußern zu dürfen, so Bielefeldt.

Keine Demokratiebildung ohne Menschenrechtsbildung

Der Stadtteil als Lernort des Miteinanders ist von ungeheurer Bedeutung, dem waren sich Mittenhuber und Bielefeldt einig. Beispielsweise seien Veranstaltungen und

Feste, bei denen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger angesprochen werden, eine gute Möglichkeit, um Begegnungen auf Augenhöhe und damit Lernchancen zu schaffen. Der Stadtteil sei auch der Ort, wo der Vorwurf der „Lügenpresse“ am schwersten durchzuhalten sei, da hier die Berichterstattung unmittelbar dem Faktencheck der Augenzeugen ausgesetzt sei.

Dass die Stadtteilarbeit für Menschenrechte und Demokratie große Chancen bietet, wurde den Teilnehmenden der Exkursion bei der nachfolgenden Vorstellung stadtteilbezogener Arbeit in Gleißhammer verdeutlicht. Unter der Überschrift „Gleißhammer – Stadtteil für die Menschenrechte“ führt der Arbeitskreis „Kids“ (ein Zusammenschluss von Kinder-, Jugend- und Kultureinrichtungen im Stadtteil) seit 2012 Projekte und Veranstaltungen in vielfältigen Formaten durch, die den gegenseitigen Respekt und das Miteinander fördern. Isolde Ebert, Arno Lang und Theresia Aschemann, die dem Kernteam des Arbeitskreises Kids angehören, stellten dar, wie es gelungen ist, die Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner bei Veranstaltungen explizit miteinzubeziehungen. Als Beispiele nannten sie Aktionen wie Lichterketten und Picknicks, bei denen es darum geht, im Stadtteil ein



Exkursion in den Stadtteil Gleißhammer

Zeichen für die Menschenrechte zu setzen. Die Beweggründe für diese Aktionen seien vielfältig gewesen: Dazu gehörten unter anderem die Respektlosigkeit einiger Schülerinnen und Schüler untereinander, extremistische Strömungen und der Mord an Ismail Yasar, der bis zur Aufdeckung des so genannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im Jahr 2011, ungeklärt blieb. Dass der Arbeitskreis Aktionen dieser Art durchführen kann, ist insbesondere durch die Förderung des Programms „Demokratie leben!“ und dessen Vorgängerprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ (beides finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) möglich.

Ein auf Dauer angelegtes Programm im Stadtteil ist das Projekt „KICKFAIR für Menschenrechte“ der Scharrerschule, die auch „Schule für Menschenrechte“ ist. Josie Marquardt und Osasenaga Odigie, die bei Fußballspielen als ausgebildete sogenannte „Teamer“ agieren, machten deutlich, dass nicht nur „Tore schießen“ darüber entscheidet, welches Team das Spiel gewinnt, sondern auch die Fairness. Das Forum endete mit einer Exkursion in den Stadtteil, bei dem unter anderem der Baum für die Menschenrechte und der NSU-Tatort besichtigt wurden. ■



Der 5. Bildungsbericht „Bildung in Nürnberg 2019“ erscheint am 18. Dezember und kann über das Bildungsbüro kostenlos bezogen oder digital abgerufen werden unter: www.bildungsbuero.nuernberg.de



Die filmische Dokumentation der Plenumsveranstaltung bei der 11. Nürnberger Bildungskonferenz finden Sie unter: www.bildungsbuero.nuernberg.de.

Team Bildungsbüro

Dr. Martin Bauer-Stiasny (Fachliche Leitung), Serpil Dursun, Marc Hümpfner, Thomas Kießlich, Dr. Andrea Knecht, Clarissa Aileen Krüger, Claudia Lehnerer, Andrea Müller, Martina Schuster, Martina Seel, Derya Yildirim, Bettina Zauhar (Leitung)

Impressum

Stadt Nürnberg
Bürgermeisteramt / Bildungsbüro
Unschlittplatz 7a, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 1 45 65
Fax: 09 11 / 2 31 1 41 17
bildungsbuero@stadt.nuernberg.de
www.bildungsbuero.nuernberg.de
Fotos: Rudi Ott/ Stadt Nürnberg und Bildungsbüro/
Stadt Nürnberg (Forum 4 und Forum 5)
Grafik: Maja Fischer
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Martin Bauer-Stiasny
Druck: Gutenberg Druck & Medien GmbH
Schleifweg 1b, 91080 Uttenreuth / Erlangen